

Der Streit um die Antisemitismus-Erklärung im Bundestag oder

Was hat der Reformationstag am 31. Oktober mit der Reichsprogromnacht vom 9. 11. 1938 zu tun?

(Ein Wort an die Mitglieder des Deutschen Bundestages)

von

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

2. und 3. November 2008

Text 66.0

oooooooooooooooooooooooooooo

Text **66.1** / Ein weiteres Wort an die MdBs.

Text **66.2** / Beschlüsse des Bundestages zum Antisemitismus
Mitteilung des BT zur Pogromnacht des 9. November 1938
Bericht von *FOCUS* zu den Beschlüssen
Gemeinsame Erklärung der Bischöfe

Text **66.3** Wullf-Auftritt löst gereizte Debatte aus
Kritik vom Zentralrat der Juden und aus der SPD

Text **66.4** Alexander und Margarete Mitscherlich
zur Gefahr für die Gedankenfreiheit
Welche Solidarität ist nötig ? „Welches Israel unterstützt ihr?“
Ein Brief an Europäer von Jeff Halperin , Aktivist des Civil Forum in Israel

Text **66.5** Die Unabhängigkeitserklärung der USA
Zitate von Thomas Jefferson 1743 – 1826 Verfasser der Unabhängigkeitserklärung
Kleiner Auszug aus und Anmerkung zur dt. Ausgabe
„Bollwerk der Republik - Eine Biographie der Amerikanischen Verfassung“ von
Burton J. Hendrick

Text **66.6**
Markt braucht Moral
Ohne Ethik fährt die Wirtschaft vor die Wand
Macht Markt und Moral nach dem 11. September

Sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages,

am Freitagabend des 31. Oktober wollte ich eigentlich die Korrekturen zu meinem Text "Die Juden und die Manager - ein (un)zulässiger Vergleich?" und einen dazugehörigen Offenen Brief an Verantwortungsträger eingeben. In den Nachrichten hörte ich dann von der Absicht daß der Bundestag aus Anlaß des 70. Jahrestages der Reichsprogromnacht eine Resolution zu verabschieden beabsichtigt, wobei sich die CDU-Fraktion die Fraktion der Linkspartei davon auszuschließen gedenkt. Diese Nachricht hat mich so ins Grübeln gebracht, daß ich mich nicht mehr auf den eingangs erwähnten Text konzentrieren konnte.

Meine Gedanken kreisten um drei Fragen:

1. Wie muß eine solche Erklärung zustande kommen und verabschiedet werden, daß sie eine freie Entscheidung der einzelnen Abgeordneten (weiblichen und männlichen Geschlechts) ermöglicht und die Abweichungen von der Mehrheit nicht als antisemitisch denunziert werden können.¹
2. Was müßte in einer Erklärung zur Reichskristallnacht stehen, daß sie wirklich eine abbauende Wirkung und nicht eine fördernde auf den Antisemitismus hat.
3. Wie kommt die CDU dazu, die Links-Fraktion von der Erklärung ausschließen zu wollen? Haben nicht alle im Bundestag vertretenen Parteien ² und damit die Fraktionen Dreck am Stecken? Und wie will man einzelne Abgeordnete oder eine Fraktion von einer Formulierung und Verabschiedung ausschließen, ohne den Status der Abgeordneten vom gleichberechtigten Vertreter des Volkes zu verletzen?

Bevor ich versuche, auf die drei Punkte einzugehen noch ein paar Anmerkungen vorweg:

a) In der Nacht nach der Nachricht, die das Nachdenken über den Streit im Bundestag ausgelöst hatte, wache ich mitten in der Nacht auf und empfinde, daß ich bei „Papa“ Heuss nachschauen sollte, um erneut zu erfahren, wie er zum Thema gedacht hat. Der Text, der mir jetzt von ihm vorliegt, ist ein „Auszug aus einer Rede des Bundespräsidenten anläßlich der Feierstunde der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Wiesbaden am 7. Dezember 1949". Der Text wurde veröffentlicht in der Schrift „Die Juden und wir“ mit weiteren Beiträgen der Autoren H. Genschel, H. Köhler und H. Bethmann. Herausgeber ist der ehemalige

1 Dabei müßte vom demokratischen Denkansatz hergesehen im Einzelfall auch eine antisemitische Stellungnahme im Bundestag ohne allzugroße Aufregung möglich sein, weil es auch im vertretenen Volk eine Restgröße an Antisemitismus gibt.

2 Ich selber bin seit 1967 Parteimitglied. Zuerst einer von zwei Initiatoren zur Gründung der Liberalsozialen Partei, dann Mitglied der FDP, danach Gründungsmitglied der GRÜNEN. Ich denke, daß das politische Instrument Partei ausgedient hat, und daß etwas Neues entwickelt werden muß für die Selektion der Volksvertreter und dem Transport von Informationen und Anliegen der Bürger von unten nach oben in die Parlamente.

Arbeitskreis für angewandte Anthropologie in Göttingen. Diese Schrift ist 1957 erschienen und mit wechsellenden Exemplaren in meinem Schriftenbestand. Es war auch das Jahr, in dem mir Wilhelm Mensching³ im Internationalen Freundschaftsheim Bückeberg ein guter Lehrer war. Ich habe überhaupt mehr Bücher über und von Juden im Bestand, wie ich je verarbeiten kann. Ich argumentiere hier aber nicht als Experte für Philo- und Antisemitismus, sondern als Bürger, der nicht vergessen hat, daß die Demokratie jene Herrschaftsform ist, die den Bürger von keinem Lösungsversuch eines gesellschaftlichen Problems ausschließt.

b) Im Juli dieses Jahres habe ich eine Arbeit mit dem Titel „Brechung der Zinsknechtschaft / Von der Notwendigkeit der Überwindung der Tabuisierung einer Parole und Sehnsucht“ geschrieben (Text 61) Freunde warnten mich: „Die von den Nazis mißbrauchte Parole, überhaupt das Thema Antisemitismus, wäre so vergiftet, daß man bei der Behandlung dieser Themen – auch wenn man die besten Absichten hätte – nur Schaden nehmen könne, wenn man nicht genau das nachbetet, was die herrschende Meinung dazu sagen würde. Außerdem könne man in den Verdacht kommen, man wolle das Thema Zins renazifizieren.“ So oder so ähnlich kamen die Mahnungen. Es zeigt sich hier, daß die Bundesregierungen und die Bundestage in Folge es zugelassen haben, daß die Meinungsfreiheit – als wesentlicher Bestandteil der Demokratie – zum Teil außer Kraft gesetzt wurde. Das Problem ist: Wir kommen mit der Überwindung des Antisemitismus nicht weiter, wenn wir uns selbst länger den Weg zum Kern des Problems versperren oder versperren lassen.

c) Gestern bin ich mit dem Zug nach Bremerhaven gefahren. Im Zug und auf dem Umsteigebahnhof Bremen erlebte ich einmal mehr bierselige, laute Fußballfans und auf dem Bahnhof zahlreiche mit dem Helm bestückte Gewaltverhütungs- und -abwehrkräfte. Ich habe gedacht: „Man braucht unsere Gesellschaft nur noch ein bißchen weicher kochen, dann lassen sich diese - die Masse genießenden Zeitgenossen – auch politisch mobilisieren. In Bremerhaven habe ich einen Kapitän der Hochseefischerei besucht. An ihm kann ich gut ablesen, was die Politik für Wirkungen hat, wenn sie berufliche Qualifikationen vorzeitig entwertet. Bremerhaven und Arbeitslosigkeit ist manchmal ein identisches Thema. Was mir in wenigen Minuten auf dem Bahnsteig noch zu jungen Menschen ohne Chancen mitgeteilt wurde, läßt einen in eine Stimmung aus einer Mischung von Trauer und Zorn verfallen. Auf der Rückfahrt habe nochmals in Bremen das Gewaltpotential gespürt, die in Menschenmassen steckt, die auf Sieg und

3 „Auf Antrag der Herderschule Bückeberg ist Wilhelm Mensching mit Datum vom 16. Mai 2001 von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem posthum der Titel 'Gerechter unter den Völkern' verliehen worden.“ ... www.bautz.de/bbkl/m/mensching.shtml

Niederlage setzten. Zum Schluß gab es noch eine erfreuliche Begegnung. Als sich nach mehreren Stationen die Zahl der Besucher des Oberligaspiels verkleinerte, fand ich einen Sitzplatz neben einem Schwarzafrikaner. Ich hatte gleich das Bedürfnis, mit ihm zu sprechen. Habe aber dieses Verlangen unterdrückt, weil ich nicht aufdringlich sein wollte. Kurz bevor ich aussteigen mußte, kam dann doch noch ein Gespräch zustande. Mein Zuggenosse hat in Oldenburg studiert und promoviert über das Thema „schwarz sein – deutsch sein“. Das erinnert mich an meine These, daß das Deutschsein keine biologische Kategorie ist, sondern eine kulturelle und soziale.

d) Trotz all dieser Eindrücke und Gedanken war die Frage, ob ich mich zu dem sich mir aufdrängenden Thema äußern sollte oder nicht, nicht entschieden. Die eine Stimme in mir sagte: "Das geht Dich nichts an!" "Die machen doch, was sie wollen!" "Der Zug ins erneute Verderben ist nicht aufzuhalten!" Die andere Stimme sagte: "Du wirst Dir immer Vorwürfe machen, wenn du Deinen Mund hältst." "Willst Du Dich selbst einen Feigling schimpfen?" Ausschlaggebend war dann eine Mail meines Korrespondenzpartners in Portugal, ein Deutscher, der dort erfolgreich ein deutsches Unternehmen vertreten und eine Familie gegründet hat und sich als Kybernetiker versteht.

“Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens.”

Schiller

ooooo

Und die Fahrt gegen die Wand geht rasend schnell weiter. Anstatt die Unternehmer selbst draufkommen zu lassen, dass sie engpassorientiert die richtigen Produkte und Dienstleistungen herstellen müssen, um krisenfest zu werden, nimmt ihnen die Gesellschaft die Verantwortung ab und bezahlt die ganze Veranstaltung selbst. Das ist wie, wenn einer einen Laden voll mit Ladenhütern hat und in der Nachbarschaft Geld verteilt, nur damit die Leute bei ihm kaufen.

Die Mittel zum Zweck der Abdeckung von Bedürfnissen - Unternehmen - sind zum Selbstzweck geworden. Angesichts dieses saudämlichen Verhaltens der Politik, deren totale Hilflosigkeit schon fast rührend anmutet, verdichtet sich zunehmend mein Verdacht, dass es spätestens 2010 einmal ganz dick kommen könnte, in Form von gewalttätigen Entladungen*. RD

* Hier in Portugal erschien vor ein paar Tagen der Artikel des Generals Loureiro dos Santos mit dem folgenden Titel: "INSTITUIÇÃO MILITAR: SINAIS

PREOCUPANTES" (Militärinstitution: Besorgniserregende Signale). Es könnte also passieren, dass sich 32 Jahre nach der "Nelkenrevolution" von 1974 in Portugal wieder ein "Portuguy" zusammenbraut. Verhaltene Drohungen von Seiten einiger Offiziere sind bereits in TV-Interviews zu hören. Wer glaubt, so etwas sei in Deutschland nie mehr möglich, irrt.

e) Kritik an einer Sache, einem Verfahren, einem Zustand und einer Aussage sollte nach meinem Verständnis auf dem Hintergrund der Liebe zu den Menschen und mit Verständnis zu den Schwächen jener verbunden sein, die den Gegenstand der Kritik herbei geführt haben. Die Verdammung oder Verurteilung einer Sache oder von Personen geht zu leicht ein Bündnis mit dem Haß und mit Blindheit gegenüber den eigenen Fehlern und Schwächen ein und kann so nur ein Zerrbild der Wirklichkeit zeichnen. Ich bemühe mich um die Kritik, nicht um die Verdammung. Ob mir das gelingt, bedarf der Fremdbeurteilung.

Zum Punkt 1 - dem Verfahren

Daß eine Vorlage, die eine Einschätzung oder ein Appell des Bundestages ohne Gesetzescharakter nicht im Plenum formuliert werden kann, das wissen Sie ja alle besser als ich. Mir geht es um die Frage, wie jedes Mitglied des Bundestages seine Meinung zu der geplanten Resolution so äußern kann, daß es bei einer abweichenden Meinung nicht Gefahr läuft, aus der im GG nicht vorgesehenen Fraktion ausgeschlossen zu werden oder gar sein Mandat verliert. Bei der Einengung des Betrachtungshorizontes für alles, was mit den Juden in der Vergangenheit und Gegenwart zu tun hat, ist das kein nebensächliches Anliegen. Da bekanntlich der Wettbewerb eine Bedingung der Freiheit ist - und Freiheit offensichtlich nur noch in der Wahlpropaganda aber nicht im Bundestag eine Rolle spielt - sollte das Präsidium zur Einübung der Freiheit die Mitglieder des Bundestages einfach auffordern, Entwürfe vorzulegen: von einzelnen Abgeordneten oder Gruppen, egal wie die sich bilden, parteilich oder überparteilich. Aus den eingereichten und allen Abgeordneten zur Kenntnis gebrachten Entwürfen, darf dann jeder Abgeordneter zwei Entwürfe für die engere Auswahl benennen. Die drei Entwürfe, die die meisten Nennungen auf sich vereinigen konnten, kommen dann in die Endabstimmung. Jetzt könnten sich die Autoren der Entwürfe, die in die Endauslösung gekommen sind, entscheiden, ob es inhaltlich und redaktionell möglich ist, von den drei Entwürfen zwei Entwürfe oder einen Entwurf zu machen. Zusammengefaßt oder einzeln gehen dann die Entwürfe in die Endabstimmung. Am Ende muß ein Minderheitsvotum möglich sein. Eine Einstimmigkeit dürfte in dieser Frage nur möglich sein, wenn der Appell inhaltlich nichtssagend ist oder wenn vorher mit Fraktionszwang und anderen Druckmitteln Psychoterror geübt wurde.

Zum Punkt 2: zum Inhalt des Appells, zur Resolution

Der Inhalt einer solchen Resolution hängt natürlich von seinem Ziel ab. Wollen die Mitglieder des Dt. Bundestages sich so darstellen, daß sie in Bezug auf das anstehende Thema eine reine Weste haben, oder hoffen sie trotz Verneinung der Kollektivschuld durch erneuter Inhaftungsnahme aller Deutschen in dem Status des guten Deutschen bleiben zu können. Die Verlängerung dieses Status wird aber vom Zentralrat der Juden und vom Israelischen Staat sicher nur akzeptiert, wenn dem Bekenntnis auch Bares oder Entsprechendes folgt.

Oder will der Bundestag wirklich einen Beitrag leisten zur Reduzierung und Überwindung des Antisemitismus? Dann wird es nicht leicht, die Politik - hier als Synonym für Regierung, Parlament und Parteien - muß dann Federn lassen und sich zu eigenen Fehlern und die ihrer Vorgänger in der Weimarer Republik bekennen. Jedenfalls mit einem Moralisieren, mit Denk- und Sprechverboten und dauernder Züchtung von Schuldgefühlen ist dem Problem nicht beizukommen. Solche Versuche haben im Gegensatz eine stimulierende Wirkung, erst für den schweigenden Antisemitismus, dann in der nächsten sozialen Katastrophe für den lauten und tätigen.

Aus der ganzen Anlage der Resolution muß erkenntlich sein, daß sich der Bundestag in Sachen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als Anwalt aller Menschen sieht, aber in erster Linie das Leben und die Interessen aller Deutschen und aller Menschen, die in Deutschland leben, vertritt und nicht Sprachrohr der israelischen Regierung oder Erfüllungsgehilfe des Zentralrates der Juden als Interessengruppe ist.

a) Als erstes dürfen und sollten die Scheußlichkeiten der Reichsprogromnacht und die folgende Vertreibung und Massenmorde von Juden ohne Schminke dargestellt werden. Aber es dürfen die jüdischen Opfer nicht gegenüber den nichtjüdischen Opfer überhöht und letztere unter "ferner liefen" behandelt werden. Und was auch nicht länger geschehen darf, ist, daß die nichtjüdischen deutschen Opfer dadurch beschämt und gekränkt werden, daß gesagt wird, sie hätten sich ihr Leid selber zuzuschreiben, weil sie Hitler zugelassen hätten. Real gesehen: Wie viel Einfluß habe ich darauf, daß Sie, die Angesprochenen, alle im Bundestag sitzen? Wie viel Einfluß hatte mein Vater darauf, daß die Nationalsozialisten ganz legal die Macht ergreifen konnten? Nicht nur das Recht ist unteilbar, sondern auch die Bewertung von Unrecht und Leid. Auch müßte gleich zu Anfang klar gemacht werden, daß Deutschland nicht nur gegen-

über den Juden und den anderen Menschen, die im Nazi-Geschehen verwickelt waren, schuldig geworden sind, sondern auch gegenüber dem palästinensischen Volk, denn ohne Vertreibung und Ermordung der Juden, wäre der Staat Israel wenigstens nicht in der heutigen Form entstanden. Und ohne die aus dem Schuldkomplex geborene Förderung Israels hätten die Israelis sicher eine Verständigung mit den Palästinensern suchen müssen. Bei allem Verständnis der Israelis darf eben nicht vergessen werden, daß die Gründung ihres Staates für die Palästinenser Verfremdung, Vertreibung, Verarmung, Hunger und Tod bedeutet hat und noch bedeutet.

b) Als zweites müßte dann ein Überblick über Prognome in der Geschichte geliefert und gezeigt werden, wie häufig schon Minderheiten die Sündenbockrolle zugewiesen wurde. Dies geschah wohl immer in gesellschaftlichen Krisensituationen, in denen die Mitglieder der betroffenen Gesellschaften keine Erklärung für ihre Drangsal hatten oder in der Demagogen wie Hitler die Unwissenheit der Menschen ausnutzte und ihnen "Schuldige" präsentierte.

c) Als nächstes müßte das Parlament dann aufzeigen, wie Krisen entstehen oder bewußt herbeigeführt werden. Da sind die Mitglieder des Parlamentes in ihrer Erklärungsfähigkeit nicht viel weiter, als ihre Kollegen im Reichstag der Weimarer Republik, und das, obwohl dazu wesentliche Erkenntnissen, seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert vorliegen.

d) Dann müßte erklärt werden, warum der Antisemitismus, der ja nicht nur ein negatives "Kulturgut" der Deutschen war, sondern der ganzen westlichen Welt, bei uns ein rassistisches Regime in den Sattel gehoben haben soll, aber in anderen Staaten die humaneren Staatsformen nicht zerstört hat. So zu tun, als ob es an den Genen der Deutschen liegt, ist Unsinn, weil die Deutschen genetisch überhaupt keine Einheit sind. Außerdem müßte sich diese Eigenschaft auch in den USA bemerkbar machen, weil ein erheblicher Teil der US-Amerikaner deutschstämmig ist.

e) Dann müßte es Deutungsversuche geben, warum der Antisemitismus entstehen konnte. Nahum Goldmann berichtet in seinem Buch "Mein Leben . USA. Europa. Israel" von den Erklärungsversuchen für den Antisemitismus. Er schreibt unter anderem:

... Das jüdische Volk ist vor allem einzigartig darin, daß die Basis seiner Existenz weder ein Land, noch ein Staat, sondern eine Idee war. ... (S.14)

... Der Glaube an die Auserwähltheit ist die entscheidende Erklärung für das Rätsel jüdischen Überlebens und hat dem Volk die seelische Kraft gegeben, jahrtausendelange Leiden zu ertragen und sich zu erhalten. .. (S.16)

Das Bewußtsein der Juden von ihrer Auserwähltheit war stets einer der tieferen Gründe für den Antisemitismus. Wenn Männer wie Voltaire, Kant, Diderot oder Herder - um nur einige zu nennen -, Vorkämpfer für Gleichheit und Freiheit, Juden, um es milde auszudrücken, nicht mochten, kann dies nur darauf zurückzuführen sein, daß sie die von ihnen aus gesehene Überheblichkeit des jüdischen Volkes, als einziges von dem einzigen Gotte auserwählt zu sein, nicht dulden konnten und als Arrogant betrachteten. ...

Werner Sombart, der die Juden für einen Hauptfaktor in der Schaffung des modernen Kapitalismus und ihre Leistungen als einen Beitrag zum Fortschritt der Geschichte ansah, äußerte einst den Gedanken, daß die Juden sicher Anrecht hätten, gleichberechtigte Bürger zu sein, daß sie aber, solange sie an ihrer Einzigartigkeit und Besonderheit festhielten, diese Gleichberechtigung mit großem Takt benutzen sollten. Ich erinnere mich sehr wohl einer heftigen Debatte in Frankfurt am Main, als ich, noch ein Jüngling, seine These verteidigte, die unter der deutschen Judenheit viele Proteste erweckt hatte. (S.20)

Es ist verständlich, daß ein Volk ohne eigenes Land, daß sich bewahren will, sich in den Ländern, wo es leben oder überleben will oder muß, sich nur zum Teil integrieren kann. Es kann nicht die dortigen religiösen Vortellungen und die herrschende Kultur übernehmen. Es muß also Distanzen für sich als Minderheit und der sie umgebenden Mehrheit bewahren.

Goldmann schreibt:

Auch das Ghetto ist, wie viele Historiker behaupten, von den Juden freiwillig geschaffen worden. Die Ghettos von Venedig und anderen Städten wurden von den nichtjüdischen Autoritäten nur bestätigt und legalisiert. (S.18)

Das Problem scheint bei zunehmender Vermischung von Religionen und Kulturen abnehmend zu sein. Ich selber glaube es nicht. Wie feindlich oder ablehnend wurden zum Beispiel die Flüchtlinge, Vertriebenen und Ausgebombten im Westen aufgenommen, obwohl es keine deutschen Juden sondern "Ur"-Deutsche seit vielen Generationen waren. Nach meiner Einsicht ist der Mensch großzügig und tolerant, solange er sich seines Daches mit Bett und gefüllter Vorratskammer sicher sein kann. Er wird engherzig, unduldsam gegen Abweichungen von seinen Vorstellungen bis hin zu mordlustig, wenn er in seiner materiellen und geistigen Existenz bedroht ist oder sich bedroht fühlt. Ich denke diese Reaktionsmuster kann man auch nur bedingt durch Aufklärung aufheben. Es gilt also, solche Situationen zu vermeiden, wo dieses Handlungsmuster massenhaft aktiviert wird.

Der obige Verweis auf Sombart und die Schaffung des modernen Kapitalismus durch Juden ist eine gute Überleitung zu der anderen Ebene der Suche nach den Ursachen für den Antisemitismus. Hier kommt auch der Reformationstag und Martin Luther ins Spiel.

Erst mit dem Geld als Zwischenglied im Tausch konnte sich die Arbeitsteilung entfalten.

Aber seit es Geld gibt, gibt es auch Probleme mit dem Geld. Ich nenne nur die Stichworte:

Inflation, Deflation, der Zins mit seinen Umverteilungseffekt und instabile Konjunkturen mit Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit. Die Juden wurden durch Berufsverbote in Form eines Riegels vor den ehrbaren Berufen aber schon vor langer Zeit geradezu in das Geldgeschäft und zum Teil in das Geschäft mit der Münze (Zentralbank) gedrängt. Man kann nun lesen, daß die Berufsverbote aufgrund von religiösen Vorstellungen erfolgten. Ich halte das für unglaubwürdig und denke, wir haben es hier mit einer religiös verbrämten Konkurrenzabwehr in Situationen der Unterbeschäftigung zu tun. Aber wieso konnten Juden ins Geldgeschäft (als Händler, mit Banken oder Wechselstuben) einsteigen? Nun die Christen unterlagen noch dem Zinsnahmeverbot (Was vermutlich schon immer fleißig umgangen wurde.). Die Juden durften aber nur nicht von Ihresgleichen Zins nehmen, wohl aber von Fremden. Dieses Verbot für die Christen, die Existenznot der Juden und der Kreditbedarf von Handel und Handwerk drängten oder zogen Juden ins Kreditgeschäft. (Nach meiner Einsicht kann es aber nur eine Minderheit der jüdischen Minderheit gewesen sein, die ihr Brot im Geldgeschäft gefunden hat.) Das Zinsnahmeverbot oder das eingeschränkte Zinsnahmeverbot ist aber von den drei theistischen Religionen nicht aus Willkür erlassen worden, sondern aufgrund der Einsicht in die Wirkungen des Zinses, die dann später verloren gegangen ist, und auch weil die Zeit ein Faktor für den Zins ist, aber nach den religiösen Vorstellungen nur Gott allein das Recht über die Verfügung der Zeit zusteht.

Das tragische an der Geschichte ist, daß alle Währungsstörungen, die sichtbar oder gefühlt mit dem Geld zusammen hingen, den Juden angehängt wurden, weil sie doch sichtbar mit dem Geld umgingen. Hinzu kommt dann noch, daß die Juden aufgrund ihres Umganges mit dem Geld am besten unter den jeweiligen Zeitgenossen die Möglichkeiten lernten, mit Geld Geld zu machen. (Siehe Anmerkung von Sombart.)

Martin Luther waren nun wohl nicht nur die christlichen aus der Bibel abgeleiteten Zinsverbote in Erinnerung, sondern er konnte in seiner Umgebung die Wirkungen der Zinsnahme direkt beobachten. Er verurteilte daher die Zinsnahme erneut. Hier ist das Tragische daran, daß er - dem Augenschein trauend - die Juden als die Ursache ansah und sie deshalb verurteilte. (Ein anderer Grund sei gewesen, so habe ich gelesen, daß die Juden, zu denen er anfangs ein gutes

Verhältnis gehabt hätte, deshalb ablehnend gegenüber stand, weil diese nicht Christen werden wollten. (Das sie es in der Mehrheit gar nicht konnten, hat er wohl nicht verstanden.) Aber Luthers berechnete Haltung gegenüber dem Zins und die unberechtigte Übertragung der Verursacherrolle auf die Juden, hat den ökonomisch verursachten Antisemitismus dann nochmals verstärkt. Aber schon am Anfang des vergangenen Jahrhunderts hätte jeder wache Volkswirt, jeder Geschäftsmann, jeder Gewerkschaftsführer, jeder Parteiführer, jeder Wirtschaftspolitiker und Theologe wissen können, daß der Zins und auch die anderen Störungen, die von der Währung ausgehen, kein personales sondern ein strukturelles oder institutionelles Problem ist, das damals hätte gelöst werden können und heute noch gelöst werden kann. Aber die Köpfe der demokratischen Entscheidungsträger waren mit anderen Vorstellungen von den Problemen der damaligen Zeit besetzt und konnten daher die naheliegenden Problemlösungen nicht aufgreifen. (Und die Geschichte wiederholt sich in dieser Beziehung doch!) Und Silvio Gesell war einer der ersten oder der erste Kaufmann und autodidaktischer Ökonom, der die Entstehung und die Wirkungen des Zinses erklären und damit die Juden entlasten konnte. Weder die Linken, die Liberalen noch die Konservativen konnten den von Gesell geworfenen Ball aufgreifen. Das hatte tragische Folgen.

Arno Schelle schreibt in seiner Examensarbeit an der Universität Hannover (Institut für Religionspädagogik) mit dem Titel "Das Problem des Zinsnehmens in der Theologie und der Wirtschaft", 2001:

5.4.2. Die NSDAP und die "Brechung der Zinsknechtschaft"

Der Begriff der Brechung der Zinsknechtschaft wird von der NSDAP in ihrer Frühphase entwickelt und als Forderung in das faschistische Parteiprogramm aufgenommen.
Protagonist der politischen Forderung nach Abschaffung jeglicher Zinsen ist Gottfried Feder.

Während der Gründungs- und Aufbauzeit der NSDAP galt vor allem Gottfried Feder als der maßgebliche Exponent der Partei in Wirtschaftsfragen. Dies war wahrscheinlich in nicht geringem Maße den lobenden Worten zuzuschreiben, die Hitler ihm in 'Mein Kampf' zukommen ließ. Jedoch galt Hitlers begeisterte Anerkennung Feders und seiner Theorien nicht deren wissenschaftlichem Erkenntniswert oder operativer Brauchbarkeit, sondern in erster Linie ihrer politischen und propagandistischen Zweckmäßigkeit: *Nachdem ich den ersten Vortrag Feders angehört hatte, zuckte mir auch sofort der Gedanke durch den Kopf, nun den Weg zu einer der wesentlichsten Voraussetzungen zur Gründung einer neuen*

Partei gefunden zu haben.

Feder, der sich bei der Ausarbeitung seiner Thesen vermutlich an Silvio Gesells zinskritischen Schwundgeld-Theorien, der sogenannten Freigeldlehre Gesells, orientiert hatte, lieferte dem werdenden Diktator Hitler eine ideale Vorlage für seine antisemitischen und propagandistischen Ziele.⁴

Feders Differenzierung zwischen dem 'schaffenden' Industriekapital und dem 'raffenden' Finanzkapital - unter den Verhältnissen einer modernen kapitalistischen Wirtschaft und auch des damaligen Deutschlands eine völlig willkürliche und leicht widerlegbare Konstruktion - war in der Tat die ideale Formel, nach der sich die NSDAP 'antikapitalistisch' gebärden konnte, ohne dabei diejenigen Wirtschaftskreise abzuschrecken, um deren finanzielle und politische Unterstützung sie warb [...]. Man brauchte nur noch das 'raffende' Finanzkapital mit der 'jüdisch-internationalen Hochfinanz' zu identifizieren und hatte damit ein vorzügliches Mittel geschaffen, mit dem die soziale Unruhe breiter Gesellschaftsschichten auf den Antisemitismus abzuleiten war.

Es ist erschreckend, daß das Problem des Zinsnehmens in Gestalt von Feders Parole von der Brechung der Zinsknechtschaft die Weichen mitgestellt hat für die Gründung der NSDAP und damit letztlich auch für die Machtergreifung Hitlers und für den Holocaust.
(S. 95 f. hier ohne Quellennachweis)

In einem Flugblatt des Neuen Westeuropäischen Volksmissionsdienst ohne Datum, formuliert von Hugo und Irma Petzold, heißt es in dem Abschnitt "Martin Luther als Zinsgegner":

... Luther ist in unzulässiger Weise auf den Kleinen und Großen Katechismus verkürzt worden. Wenn im Konfirmandenunterricht die „Freiheit eines Christenmenschen“ gelesen und diskutiert würde oder eine so zeitnahe Schrift, wie „Von Kaufhandlung und Wucher“, oder seine Bemühungen um das Schulwesen, würden Verständnis und Anteilnahme an Luther und seinem Kampf für ein wahrhaft gelobtes Christentum wachsen.

Wie man den Herrschenden in der Gesellschaft entgegentritt, zeigte Luther in seiner „Hauptpredigt wider die Trunksucht“, in der er dem Adel vorwirft, daß vom ihm der schlechteste Einfluß auf das Volk, in Sonderheit für die Jugend, ausgehe, und in dem Sermon von „Kaufhandlung und Wucher“ sagt er den Fürsten ungeschminkt

⁴ In einem Brief vom 31. 10. 1920 an Georg Blumenthal schreibt Gesell: "Der Federartikel im "Hammer" könnte für uns nicht besser geschrieben sein. Die ganze Borniertheit Feders kommt da recht hübsch zum Vorschein." (Silvio Gesell, Gesammelte Werke, Band 18, Seite 222) TA

die Wahrheit über ihr finanzielles Gebaren:

„Könige und Fürsten sollten hier dazusehen und nach strengem Recht das verhindern. Aber ich höre, sie sind bewußt daran beteiligt und es geht nach dem Spruch Jes 1, 23: 'Deine Fürsten sind der Diebe Gesellen geworden'. Indessen lassen sie die Diebe hängen, die einen oder einen halben Gulden gestohlen haben, und machen Geschäfte mit denen, die alle Welt berauben; sie stehlen schlimmer als alle anderen, damit ja das Sprichwort wahr bleibe: 'Große Diebe hängen die kleinen Diebe', und, wie der römische Ratsherr Cato sagte: 'Gewöhnliche Diebe liegen im Turm und Gefängnis, aber öffentliche Diebe gehen in Gold und Seide!'."

(„Von Kaufhandlung und Wucher", S. 142)

Über seinen Sermon „Von Kaufhandlung und Wucher" schreibt Luther:

„Nun weiß ich wohl, daß mein Schreiben übel gefallen wird; und sie vielleicht alles in den Wind schlagen und bleiben, wie sie sind." (S. 143)

Seine Schrift hat so übel gefallen, daß man sie schnellstens vergaß.

Alles was wir haben, muß stehen Im Dienst:
Wo es nicht im Dienst steht, da steht es im Raub.
Martin Luther

...

Im Online Focus Panorama heißt es:

Reformationstag statt Halloween? Bischof Huber zieht „Hallo Luther“ „Halloween“ vor

...In den vergangenen Jahren sei nach seinem Eindruck das Verständnis und der Sinn für den Reformationstag wieder gewachsen. Es trete wieder deutlicher ins Bewusstsein, „dass der Aufbruch zur Freiheit eines Christenmenschen, diese Verbindung von christlichem Glauben und Moderne der Übergang zur deutschen Sprache als der Schriftsprache, die von der Bibel her geprägt ist, dass all das wieder verstärkt ins Bewusstsein tritt“

Wie wäre es, wenn der Bundestag die Evangelische Kirche auffordert, am nächsten Reformationstag über Luthers Beitrag zur Sozialökonomie und seine für damalige Zeiten entschuld bare Schuldzuweisungen an die Juden für die damaligen ökonomischen Verwerfungen durch den

Zins zu berichten und dabei die unentschuld bare Haltung der Kirchen zum genannten Thema in der Weimarer Republik und im Heute zu berichten.

Die ev. Kirche verschweigt vermutlich Luthers Aussagen zum Zins, weil sie Angst hat, in die Nähe von Antisemitismus gerückt zu werden und sie beteiligt sich an einem Philosemitismus, der vielen kritischen Juden verdächtig oder peinlich ist. Und die ev. Kirche verleugnet Luther, indem sie seine Haltung zum Zins nicht nur ignoriert, sondern sich selbst durch den von Luther als Übel eingestuften Zins ⁵ finanzieren will und übersieht dabei, daß dies zu Lasten der Armen geht.

Luther sagt in seiner 51. These:

Man soll die Christen lehren: Wenn der Papst die Erpressungsmethoden der Ablassprediger wüßte, sähe er lieber die Peterskirche in Asche sinken, als daß sie mit Haut, Fleisch und Knochen seiner Schafe erbaut würde.

Die Kirchen lassen Luther mit seinen Vorwürfen gegenüber den Juden im Regen stehen, statt nachträglich seinen damals nicht erkennbaren Irrtum aufzuklären. ⁶

f) Eine Erklärung zum Antisemitismus dürfte auch nicht übersehen, daß eine Verurteilung von Nationalismus, einer Volk-ohne-Raum-Politik, Intoleranz etc. nicht an Grenzen gebunden ist, sondern auch für Israel gilt.

g) Zu Beachten ist auch, was uns Professor Ludwig Freund, ein deutscher Jude, der in die USA emigrierte und dann Rückkehrer wurde, in seinen Buch "Aussenpolitische Grundsätze", 1963, hinterlassen hat:

... Einer klug abwägenden, doch zielbewußten deutschen Interessenvertretung im

⁵ Daß der Zins auch eine Preisfunktion und verschiedene Komponenten hat, lasse ich hier außer Betracht.

⁶ Nachtrag vom Montagmorgen, den 3. November. Eine Schlagzeile in der HAZ: "Bischof Huber geißelt Schulden". Die Aussage, die die Schlagzeile und der Text vermittelt, ist ungenau in der Zielrichtung und daher nicht besonders hilfreich. Wenn Kinder verführt werden, sich durch die Nutzung von Handys zu verschulden, dann ist das verwerflich. Wenn der Staat Voten der Wähler für Steuererhöhungen umgeht und die aktuell politisch handelnde Generation die nachfolgenden Generationen an die Schuldnernetze legt und damit deren Handlungsspielraum einschränkt, dann ist das verwerflich. Wenn es aber im privatrechtlichen Bereich keine Verschuldung gäbe, dann gäbe es auch keine Sparmöglichkeit, um ökonomisch für die Wechselfälle des Lebens gerüstet zu sein. Das Problem der Verschuldung beginnt mit der Verzinsung, weil durch sie Arbeitseinkommen in leistungsloses Kapitaleinkommen gewandelt wird. Und wenn hier der Sparer / der Geldanleger in die Lage kommt, seinen Jahreszins nicht mehr für den Lebensunterhalt verwenden zu müssen, dann beginnt die Zinseszinsmechanik mit der irgendwann explodierenden exponentiellen Wachstumskurve. Huber sagt weiter: "Nötig seien jetzt neue Rahmenbedingungen, "die derart zerstörerisches Handeln aus Gewinnsucht wirksam verhindern". Eine Gewinnsucht, die an körperliche oder geistige Anstrengung gebunden ist, hält sich selber durch Ermüdung in Grenzen. Aber Rahmenbedingungen, die die Systemfehler unberücksichtigt lassen, führen einen Schritt weiter in die Zentralverwaltungswirtschaft und damit zu einer Verlagerung des Problems ohne es zu lösen.

Ausland stehen aber nicht nur fremde deutschfeindliche Bestrebungen und Enggeistigkeiten im Wege, sondern auch eine durch den Nazistaat indirekt verschuldete Atrophie staatspolitischer Gesinnung bei auffällig zahlreichen Repräsentanten bundesdeutscher Intelligenz. Diese oftmals an geistig prominenter Stelle befindlichen Kreise verdächtigen gerne jede kraftvolle, bei anderen Völkern als normal empfundene Betätigung staatlichen Lebenswillens. Die berechtigte Scham über die Nazivergangenheit, der Wille, einem ähnlichen Verfall der Staatsmoral vorzubeugen sind billigenwerte Züge, nur kann man des Guten zu viel tun. Die Übertreibungen der guten Absicht haben ein intellektuelles Klima erzeugt, in welchem zwar oft das seltsame Lob der Manifestationsweisen eines krassen Nationalismus gewisser fremder Staaten und Völker in nahen und fernen Erdteilen erklingt, dem eigenen Volke aber ein nationales Schuldbewußtsein auch für die kommenden Generationen angezchtet wird. Ihm soll anscheinend nur die Begeisterung für europäische und weltweite Kooperation anstehen, nicht, wie das bei den anderen Völkern dabei immer noch normal und üblich geblieben ist, unter gleichzeitiger Achtung für die Sonderart des eigenen Volkstums. Das deutsche Volkstum und die deutsche Geschichte haben ja schließlich nicht nur das abscheuliche Phänomen des Hitlertums hervorgebracht. Es muß entweder zu einer verhängnisvollen Selbstverachtung oder zu einer nicht minder gefährlichen, unteilbaren Kluft zwischen Intelligenzschicht und Volk führen, wenn die positiven Leistungen deutscher Vergangenheit kaum noch mit Stolz verzeichnet werden dürfen, während alle anderen Völker mit berechtigtem, nicht selten sogar übertriebenem Selbstbewußtsein bei den Großtaten ihrer geistigen, politischen, ja militärischen Vergangenheit verweilen. Der Verfasser als freiwilliger Rückkehrer muß ganz energisch dagegen protestieren, daß von zahlreichen den deutschen Geist im In- und Auslande heute repräsentierenden Angehörigen der deutschen Intelligenz alles Deutsche fast nur unter dem Gesichtspunkt der Naziepoche dargestellt wird, daß in getreuer Übereinstimmung mit der anglo-amerikanischen Kriegspropaganda von einst eine Tendenz herrscht, nach dem Übel und der Schuld in der deutschen Geschichte und nur nach diesen zu fragen. Man nennt das „standortgebundene“, „neue“ Geschichtsbetrachtung, da reine Objektivität sowieso nicht möglich sei. Der dabei vorherrschende Zug, die Werte deutscher, ganz selbstverständlich auch der preußischen Geschichte aus heutiger Perspektive mit vorwiegend, wenn nicht gar völlig negativen Vorzeichen zu versehen, ist tatsächlich eine Travestie der Wissenschaft, die sich von Charlatanerie und totalitärer Wissenschaftsauffassung nur dadurch abgrenzen kann, daß sie am Ideal der Wahrheitstreue, dem gewissenhaften Streben nach größtmöglicher Objektivität und Ganzheit (statt Parteilichkeit) der Erkenntnisse festhält. ... (S. 56. f. ohne Hervorhebungen)

... Überempfindlichkeit oder furchtsame Zurückhaltung aber wird von niemandem gedankt und macht sich in der Politik niemals bezahlt. Die Abneigung der Unbelehrbaren wird dadurch nicht überwunden. Wie beim Antisemitismus nährt sich auch ihr Haß an der bloßen Existenz des Objektes. ... S. 61

Zum Punkt 3:

Ausschluß der Linksfraktion von der Erklärung durch die CDU-Fraktion

Der Linkspartei und der Linksfraktion gehört nicht meine politische Sympathie. Aber die Frauen der Linken, die ich medienvermittelt wahrgenommen habe, haben mich mehr beeindruckt als die "alten Hasen" Oskar Lafontaine, Gregor Gysi und Lothar Bisky. Sahra Wagenknecht, Europaabgeordnete, ist eine politische Frau, die meinen Respekt herausfordert, nicht wegen ihrer Ziele, sondern weil sie konsequent an dem festhält, was sie als richtig erkannt zu haben glaubt. Das hebt sie doch positiv ab von der politischen Klasse, von der ich annehme, daß sie mehrheitlich ihre Fahne nach dem politischen Wind hängt. Vielleicht ist ihr Name für sie auch eine Verpflichtung, denn ein stolzer Mensch will nicht Wagenknecht bleiben, sondern Wagenlenker werden.⁷ Das tragische in ihrem Fall ist, daß der Marxismus in Bezug auf unsere ökonomischen Probleme ungenau ist und in Verbindung mit der Idee des ökonomischen Zentralismus nur in eine größere Knechtschaft führen kann.

Die Linke kann - soweit ich mir ein Urteil bilden konnte - z. Zt. auch die Politik inhaltlich nicht wesentlich bereichern. Was aber nicht zu leugnen ist, ist die Tatsache, daß sie durch ihre Existenz und ihren Wählerzuspruch die anderen Parteien unter Wettbewerbsdruck gesetzt hat und wenn diese nicht bedeutungslos werden wollen, sie zwingt, ihre inhaltliche Lethargie zu überwinden.

Der Vorwurf, daß in der Linken auch ehemalige Mitglieder der SED sind, ist nur vordergründig und nur für Propagandazwecke von Bedeutung. 1. ist es doch so, daß nur eine kleine Minderheit von Bürgern bereit ist, das Feld der Politik - wie es sich heute darstellt - zu beackern und Mitglied einer Partei zu werden. 2. Der Eintritt in eine Partei ist für den einzelnen Bürger immer ein Kompromiß. Jener Mensch, der behauptet, daß eine bestimmte Partei genau das vertritt, was er für richtig hält, ist mir noch nicht begegnet. 3. Der politisch motivierte Mensch, der selber Karriere machen oder sachlich etwas erreichen will, schaut sich um und überlegt, mit welcher Partei das wohl am besten gelingen kann. Wenn er mit einer Partei Schiffbruch erlebt, dann wird er die nächste suchen oder Umschau nach einem besseren politischen Wirkungsfeld halten. Wenn nicht die politische Partei per se eine unmoralische Veran-

⁷ Auch mein Familienname *Abromeit* ist für mich eine Verpflichtung, denn er besagt, daß ich Abrahams Sohn bin.

staltung ist, dann kann auch ein Parteiwechsel nicht unmoralisch sein. 4. Auf dem geschilderten Hintergrund ist der Eintritt ehemaliger NSDAP-Mitglieder in die SED, CDU, FDP u.a. eine ganz normale Sache, also auch der Eintritt von ehemaligen SED-Mitgliedern in eine heutige Partei. Aus diesem Tatbestand sollte nicht versucht werden, politisches Kapital zu schlagen.

Wenn Die Linke eine kritische Haltung zu dem israelischen Staat hat und in ihrer Politik die Palästinenser mit berücksichtigt, dann ist das eine lobenswerte Haltung, weil es eine Unterstützung jener israelischen Opposition ist, die einen Ausgleich mit den Palästinensern anstrebt. Eine solche Politik ist auch ein besserer Schutzwall gegen einen neu erwachenden Antisemitismus als ein politisch blinder Philosemitismus.

Nun zu den in Westdeutschland (in der BRD) gegründeten Parteien, von denen ich sage, daß sie alle Dreck am Stecken habe. Ich sage es nicht mit einem boshaften, sondern einem traurigen Unterton.

Generell gilt, daß die BRD-Parteien (hier nur die, die parlamentarische und exekutive Bedeutung erlangt haben) eine Weltökonomie gestützt haben und stützen, die immer neuen Millionen von Menschen das Elend und den Tod bringt und die geradezu ein Nährboden für den Terrorismus ist. Aber das ist ja auch noch nützlich, denn der Terrorismus kann dann profitabel und mit dem schönen Nebeneffekt der Einengung der Bürgerrechte bekämpft werden. (Für den flüchtigen Leser: Das ist Ironie!). Die BRD-Parteien haben es nach dem Zusammenbruch des Eisernen Vorhanges zugelassen, daß ein Bündnissystem aufrecht erhalten bleibt, daß das militärische Konfliktpotential heute nicht verringert sondern vermehrt. Das ganze Lamento um das Thema Klimawandel und Umweltbedrohung bleibt heuchlerisch, solange diese Parteien nicht bereit sind, den Wachstumswahn zu überwinden. Alle Parteien haben verhindert, daß die Deutschen, die mit einem gebrochenen Herzen die Katastrophe des zweiten Weltkrieges überstanden haben, sich zu selbstwertbewußten Bürgern entwickeln konnten. Es wurden Strukturen aufrecht erhalten und gefördert, die die Menschen in Abhängigkeit von den Parteien und von der Tätigkeit des Staates hielten. Sie haben in Kauf genommen, daß die Idee von der Gesellschaft der Freien (Franz Oppenheimer, ein deutscher Jude, der die Wissenschaft und Politik angereichert hat und trotzdem emigrieren mußte.) im politischen Alltagsgeschacher unter ging zu Gunsten der Annäherung unserer gesellschaftlichen Strukturen an jenen des Nazi- und des SED-Staates. Mit dem Wirken des Finanzministeriums kann man doch nur assozi-

ieren, daß dieses Amt allen Menschen die neue Steuernummer in die Haut tätowieren möchte und bei der Betrachtung des Wirkens des Innenministeriums ist die Vorstellung nicht abwegig, daß dieses Amt am liebsten allen Menschen nach der Geburt einen Chip implantieren lassen möchte, mit dem sich für jeden Bürger ein Bewegungsprofil erstellen läßt. Und das Wichtigste zuletzt: Im Einigungsprozeß zwischen DDR und BRD haben alle Parteien das Grundgesetz verraten. Es gab wohl etwas Opposition - der Theologe und Politiker Wolfgang Ullmann ist mir in Erinnerung -, aber ich habe nicht gelesen oder gehört, daß ein Mandatsträger aus Protest sein Mandat niedergelegt hat. Überhaupt ist das Mißtrauen der Parteimitglieder, die zum Amt und Diäten gekommen sind, gegenüber den Bürger groß, so daß man fragen kann, warum knobeln diese ihre Ämtern nicht gleich unter sich aus, dann brauchen sie den großen Aufwand mit der Wählermanipulation (nichts anderes sind die modernen Wahlkampfstrategien) gar nicht zu betreiben und sparen den Bürgern viel Geld. Zu vermerken sind noch folgende Sünden des Bundestages: Keine Volksabstimmungen als konkurrierendes Gesetzgebungsverfahren, keine Mitsprache bei der Einführung des Euros. Keine Mitsprache der Bürger bei dem Versuch, eine europäische Verfassung zu installieren. Wieso soll das besser sein als bei den Nazis und der SED-Herrschaft? (Ich vergesse die Unterschiede nicht: Wenn die Nazis obsiegt hätten, hätte ich garantiert nicht überlebt. Wenn ich östlich der deutsch-deutschen Grenze aufgewachsen wäre, hätte ich vermutlich die meiste Zeit meines Lebens hinter Gittern verbracht.)

Zusammenfassend ist zu sagen: Unsere West-Parteien haben keinen Grund, auf die Linkspartei herabzusehen.

Man darf diese Beschreibung nicht als Versuch mißverstehen, Mitglieder der genannten Parteien herabzusetzen. Natürlich gibt es in jeder Partei Mitglieder, die die Partei gut nutzen können zur Entfaltung der eigenen Bedeutung und Macht. Getragen werden die Parteien aber vom Idealismus ihrer Mitglieder und deren Bedürfnis, Gutes zu tun und Gefahren abzuwehren.

Kurze Anmerkungen zu den einzelnen Parteien:

a) Zur FDP deren Mitglied ich geworden bin, als sie sich die Punkte hinter ihrer Initiale als Zeichen der Erneuerung setzte. Ich habe über ihre Mitglieder nichts persönlich Negatives zu berichten. Die Schwäche der FDP liegt darin, daß sie einen Tunnelblick hat, der ihr nur ermöglicht nach den Chancen einer Machtbeteiligung Ausschau zu halten. Was links und rechts am Wege für Chancen und Gefahren für eine freie Gesellschaft - die nur möglich mit einer

marktwirtschaftlichen Ordnung ist - liegen, sieht sie nicht. (Die ganze Mitgliedschaft als ein Subjekt zu sehen, ist natürlich nur eingeschränkt tauglich.) Zu Zeiten, als ich mit dem heutigen Nieders. Wirtschaftsminister Walter Hierche im Landesfachausschuß Bildung der Nieders. FDP zusammen wirkte, versuchte ich einmal die Grundzüge einer freiheitlichen Bildungspolitik zu verdeutlichen. Ich bin auf völliges Unverständnis gestoßen. Nur ein Ausschußmitglied schrieb mir, es sei revolutionär, was ich vorgetragen hätte, aber wichtig für die Gesellschaft und die FDP. Ich solle nicht aufgeben. Aber wer hat schon mal die Situation der Einzelkämpfer in den Parteien erfaßt und beschrieben, die ohne Zugang zu den Mitteln und Medien auf eigene Kosten die Parteien inhaltlich bereichern wollen? Im Landesfachausschuß der FDP für Wirtschaftspolitik habe ich 1977 versucht, neue (alte) Gedanken zur Überwindung der damals schon vorhandenen Arbeitslosigkeit einzubringen. Ich bin damit gescheitert. Nachzulesen sind meine damaligen Bemühungen in meinen Texten 1.1 und 1.2 auf meiner Internetseite. Irgendwann habe ich dann nur noch Wahlplakate für die FDP aufgehängt und die Grüne Liste Umweltschutz ⁸ gewählt.

b) Zur Partei DIE GRÜNEN ⁹, die heute heute *Bündnis 90 DIE GRÜNEN* heißt:

Abgesehen von der Erfahrung, daß Linke einen gerne linken, ist auch hier nichts Negatives über die Mitglieder zu berichten. Die Häßlichkeiten, die im Kampf um die Ausrichtung der Partei zu Tage traten, kann man unter dem Begriff Kollateralschaden verzeichnen. Die anfängliche Offenheit und Liberalität, die einen Aufbruch in unserer Gesellschaft signalisierte, konnte aber nicht durchgehalten werden, weil es einfach an Mitgliedern fehlte, die diese Eigenschaften repräsentieren konnten. Der Zustrom von Neumitgliedern war geprägt durch Marxismus, Sozialdemokratismus, von Nur-Ökologen und Hochschulabsolventen, die vergessen hatten zu fragen, wie weit ihr erworbenes Hochschulwissen dazu beigetragen hat, die Situation herbeizuführen in der die Gründung einer neuen Partei für nötig gehalten wurde. In jedem Fall waren die Libertären zu wenig und unter sich auch noch fraktioniert. Herbert Gruhl, der sich mit seiner Grünen Aktion Zukunft an der Gründung der GRÜNEN beteiligte, wurde "rausgegruht". Die Mahnungen von Rudolf Bahro - der auch zu den GRÜNEN gestoßen war - um der grünen Sache willen auf keinen Fall mit der SPD zu koalieren, wurde in den Wind geschlagen, weil inzwischen zu viele da waren, die was werden wollten. Joschka Fischer hatte ja auch allen Grund, einen Zipfel der Macht zu ergreifen, konnte dieser damit doch kaschie-

8 Ich war gedanklich von Anfang an an der Entstehung der GLU beteiligt. War aufgrund der Erfahrungen mit Liberalsozialen Partei aber zu skeptisch, um sie mit zu gründen.

9 Die Schreibweise "Die Grünen" galt für die Zwischenstufe "Sonstige politische Vereinigung" für die Europawahl.

ren, daß er bis dahin noch kein berufliches Fundament hatte. Rudolf Bahro verstand die Entstehung der grünen Bewegung und Partei als ein neuer Aufstand der Gesellschaft und er befürchtete, daß dieser Aufstand wie 1933 in die Irre geleitet werden könnte. Heute ist die Partei Bündnis 90 DIE GRÜNEN eine normale Partei, sie hat immerhin das Kartell der Parteien um einen Mitspieler bereichert. Daß sie aber ihre Gründungsziele verfehlt haben, zeigen die täglichen Medienberichte und auch die Gründung der Linken.

Jürgen Trittin - eine mir sympatische Erscheinung - wurde mit Brigitte Pothmer zum Spitzenkandidaten auf der Landesliste der niedersächsischen Bündnisgrünen für die nächste Bundestagswahl gehoben. Nun war am 31. 10. 08 in einem Interview der HAZ mit Jürgen Trittin zu lesen:

Wir müssen so stark werden, dass jenseits einer Großen Koalition ohne uns keine Regierung möglich ist. Dazu dient inhaltlich der Dreiklang, für den die Grünen stehen:
Klima, Gerechtigkeit, Freiheit.

Das Problem ist nur, ohne Überwindung der Systemfehler im ökonomischen System (was gleichbedeutend ist mit der Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus) kann eine Regierungsbeteiligung nur zur weiteren Bürokratisierung der Gesellschaft führen und die Zielerreichung nur eine Illusion bleiben. Jürgen Trittin gehört aber zu jenen Mitgliedern der Grünen, die den freiwirtschaftlichen Ausweg¹⁰ mit versperrt haben, natürlich nicht aus Böswilligkeit, sondern aus seinem sozialistischen Selbstverständnis heraus. Zinsknechte soll er uns freiwirtschaftliche Gründungsmitglieder genannt haben, offensichtlich ohne eine Ahnung davon zu haben, welche Problematik hinter dem Begriff steckt.

c) Zur CDU (Die CSU lasse ich hier mal aus dem Spiel, sie hat in den letzten Tagen Aufmerksamkeit genug bekommen.) will ich nur kurz anmerken, daß sie antikapitalistisch gestartet ist, die Kurve über den Begriff *Soziale Marktwirtschaft* zu einem Erfolg versprechenden Weg bekommen hat. Die Mehrheit der CDU-Mitglieder und -Wähler hat aber offensichtlich nie verstanden, daß mit Sozialer Marktwirtschaft nicht der Privatkapitalismus + Sozialpolitik nach zentralverwaltungswirtschaftlichem Muster gemeint war. Bald waren die restaurativen Kräfte in ihr und in ihrem Umfeld so stark, daß der Kapitalismus als Marktwirtschaft verkauft werden konnte. Ludwig Erhard, der zurecht viel gerühmte erste Wirtschaftsminister der BRD, sah in der CDU die Opposition, die ihm das Leben schwer machte und nicht in der SPD, deren wirtschaftliche Kompetenz er so gering einschätzte, daß er sie nicht zu fürchten brauchte. Betrachtet man den Antikommunismus der CDU nicht als Abwehrstrategie eines feindlichen

10 Der Inhalt dieses Ausweges ist nachzulesen in meinem Text 2.0 unter www.tristan-abromeit.de

Blockes sondern ordnungspolitisch, so war und ist er sehr verlogen. Die Zwangskollektive des sozialen Sicherungssystems sind nackter Kommunismus. Die Struktur unserer Bildungslandschaft ist eine starke Annäherung an die Kommandowirtschaft. Die Landwirtschaftspolitik und die Förderungspolitik der anderen Wirtschaftsbereiche ist ein Verrat der Idee der Marktwirtschaft. Und während des kalten Krieges war die USA-Hörigkeit der CDU nur ein Gegenstück zu der Moskau-Hörigkeit der SED. Mein Eindruck von der CDU ist, daß wie bei den Grünen eine Partei entstanden ist, die wesentlich abweicht von den Ideen ihrer Gründer.

d) Zur SPD: Ich habe mir vom Deutschen Historischen Museum in Berlin eine Postkarte mitgebracht. Sie zeigt Ferdinand Lassalle (1825 - 1864) als Kämpfer für die Demokratie um 1870. Mit dem rechten Fuß steht er auf das vom Podest gestürzte goldene Kalb. Das Schwert in der erhobenen rechten Hand trägt die Inschrift "Allgem. Dir. Wahlrecht". Die rote Fahne in der linken Hand trägt die Aufschrift "Social Demokratie Menschenrechte" und die Aufgehende Sonne im Hintergrund trägt die Inschrift "FREIHEIT". Ich finde, mit dem Bild - vermutlich im Original größer als eine Postkarte - ist eine erstaunlich gute symbolische Verdichtung eines ganzen Programms gelungen. Aber was ist aus dem Programm geworden. Nun, das erungene Wahlrecht ist nicht zu verachten, aber vermittelt es dem einzelnen Menschen das Gefühl oder gar die Gewißheit, er könne damit sein persönliches Schicksal oder das seines Volkes wirklich beeinflussen? Das Goldene Kalb steht trotz der langen Wirkungszeit der SPD immer noch auf dem Sockel. Die Freiheit hat sich verflüchtigt, ist keine haftende Gestaltungsfreiheit geworden und tritt auf - wenn sie sichtbar wird - als Narrenfreiheit. Aus der Social Demokratie ist ein bürokratischer Apparat geworden, der das ganze Volk zu staatsabhängigen Wohlfahrtsempfängern gemacht hat.

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung hat ein Buch herausgebracht, das folgenden Titel trägt: *Zeitreise - 900 Jahre Leben in Hannover*. Unter der Überschrift "Sozial, demokratisch und erbitterter Gegner des 'Kanzlers der Alliierten'" wird über den herausragenden Menschen und Sozialdemokraten Kurt Schumacher berichtet. Es wird aus seinem Vorwort zum Aktionsprogramm von 1952 - das er kurz vor seinem Tod geschrieben hat - zitiert:

"Nur ein Deutschland, getragen von einem staatsbürgerlichen Bewußtsein
und sozialer Gerechtigkeit, kann erfolgreich in der Abwehr
totalitärer Tendenzen sein."

Auf den ersten Blick bestätigt diese Aussage, was ich versuche, in und mit diesem langen Schreiben zu vermitteln. Ich bin nun nicht in Kurt Schumachers schriftlichem Nachlaß zu

Hause und kann nur die nackten Worte für einen zweiten Durchgang prüfen. Als erstes fällt mir auf, daß die Freiheit verschwunden ist. Das goldene Kalb, das 1952 schon wieder auf dem Sockel stand, wird nicht erwähnt. Und mit staatsbürgerlichem Bewußtsein meint Kurt Schumacher doch wohl nicht das heutige Abhängigkeitsverhältnis des Bürgers vom Staat, das von der SPD maßgeblich mit geschaffen wurde. Und ich frage mich, ob Kurt Schumacher damals mit sozialer Gerechtigkeit auch schon die teure und bürokratische aber im Ergebnis nutzlose Umverteilungsmechanik des heutigen Staates meinte. Wenn ja, dann doch wohl nur, weil er in einer theoretischen Falle saß. Mit dem ehemals vertretenen Marxismus war kein politischer Hut mehr zu gewinnen und auch konkret das goldene Kalb nicht zu entthronen, denn im sogenannten Sozialismus wechselt das goldene Kalb nur seinen Sockel. Also muß der Staat mit Sozialpolitik für Gerechtigkeit sorgen. Und damit ist der Staat überfordert, weil es etwas Aufgesetztes ist, das unübersehbare bürokratische (meist ungerechte) Folgen hat. Die SPD ist eine große Partei - wenn auch, wie zu lesen war, im Schrumpfungsprozeß -, fast jeder wache Bürger hat einen Nachbarn, Kollegen, Freund oder Verwandten, der in ihr mitwirkt. Man kann also direkt beobachten, daß die Mitglieder der SPD etwas Gutes wollen. Warum kommt aber dabei so wenig Gutes heraus? Ich habe mir mal ein Erklärungsmodell gezimmert, daß ich Gutsherrenmodell nenne. Der Gutsherr (der autokratische Staat) war zu faul oder zu schwach geworden. Er schaute sich nach einer Lösung um, die ihn von Aufgaben entlasten sollten. Er kam auf die Idee, einen Verwalter einzustellen und suchte sich diesen unter seinen Knechten aus. Der Knecht, den er einstellte, hieß SPD. Die Mägde und anderen Knechte stimmten fröhlich zu, denn sie dachten, der Verwalter ist dann einer von uns und er wird dafür sorgen, daß es uns besser geht. Der Verwalter versuchte auch diese Erwartungen zu erfüllen, aber die Erwartungen des Gutsherren waren nachhaltiger. Der Verwalter kam nun in die Rolle, die ihm gebot, den Knechten und Mägden das zuzuteilen, was der Gutsherr oben meinte, es sei gerecht und rechtens, aber dafür mußte er ihnen auch abverlangen, was der Gutsherr meinte abverlangen zu können. Die Mägde und Knechte murrten, waren dann aber doch ruhig. Es war ja einer von ihnen, der da die nicht zufriedenstellende Gerechtigkeit übte. In dem Modell kann der Verwalter kein Gutsherr werden und die Knechte können keine freien Bauern werden. Wir haben in unserer Gesellschaft das Problem, daß zu wenig Menschen den Status der Selbstständigkeit erleben. Vom Kindergarten über die Schule, Lehrstelle, Hochschule, Arbeitsplatz, soziale Sicherungsnetze und Krankenhaus erleben die Menschen das Geschehen durch staatliche oder kapitalistische Strukturen fremdbestimmt. Die Erfahrung der haftenden Gestaltungsfreiheit fehlt einfach. Wer mit einem Krückstock groß geworden ist, glaubt auch bei voller Gesundheit nicht, daß er ohne Krückstock gehen kann. Da die SPD ihre Mitglieder und

Wähler vorwiegend aus unselbständig Beschäftigten rekrutiert, hat das fatale Auswirkungen auf ihre Programmatik. Sie kann nicht mit Mitgliedern, die keine Gestaltungsfreiheit erfahren haben, ein Programm zur Erlangung einer freien Gesellschaft formulieren. Unter diesem Mangel - der auch in abgemilderter Form in den anderen Parteien herrscht - leidet unsere Gesellschaft.

Viele Mitglieder der SPD sind Opfer der Nazi-Herrschaft geworden. Nur wird dabei fast immer übersehen, daß sie ihre Peiniger durch ihre eigene Uneinsichtigkeit maßgeblich mit heran gezüchtet hat.

Auch bei der Einzelbewertung der alten Parteien - zu der ja die Grünen inzwischen auch gehören - konnte ich keinen Grund finden, der dafür spricht, Die Linke von einem wesentlichen Bekenntnis des Bundestages auszuschließen. Mir scheint das auch rechtlich und demokratisch ein unsinniges Unterfangen.

Ich hoffe, die eine oder andere Überlegung nützt Ihnen als Formulierungs- oder Entscheidungshilfe.

Es grüßt mit allem Respekt vor Ihrer individuellen Person und Ihrem Mandat

Tristan Abromeit